

Bemerkungen zur „Wachstums“-Kritik

Über „das Wachstum“ wird seit einiger Zeit vermehrt diskutiert, auch wenn man wohl nicht immer sagt oder weiß, was dieses Abstraktum bedeuten soll.¹ Die Bandbreite verschiedenartiger Verwendungen des Wortes „Wachstum“ in neueren Erörterungen ökonomisch-ökologischer Krisenphänomene ist von Karl Unger (in der vorigen Ausgabe von „Z“) in einer großen Sammelbesprechung kritisch ausgeleuchtet worden.² Ein unklarer bzw. vieldeutiger Wortgebrauch kennzeichnet die Verlautbarungen der meisten Propagandist/inn/en von „Wachstum“, was insbesondere für liberale Politiker und Wissenschaftler gilt, die es natürlich mit ihrem Heilsbringer „Wirtschaftswachstum“ halten, richtiger mit dem Wachstum der Profite, manchmal auch Wirtschaftsleistung genannt. Er charakterisiert aber auch eine feuilletonistische Wachstums-Kritik, die zum Beispiel philosophisch oder soziologisch über Wachstum an sich schwadroniert. Ernst zu nehmen ist dagegen die ökologisch und ökonomisch informierte Kritik der vor allem wirtschaftlichen Dynamik von Industriegesellschaften, die sich zumal seit dem ersten Bericht des Club of Rome über „Grenzen des Wachstums“ (1972) entwickelt hat. Hierzu gehört insbesondere die Kritik des Konzepts des BIP-Wachstums, die auch auf ihre – wenn auch wenigen – Vorläufer in der Geschichte der Wirtschaftslehre verweisen kann, zu denen leider Marxens Produktivkraft-Fetischismus nicht gehört. Heute aber gibt es Kritik aus Arbeitnehmerhand: sogar die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* spricht neuerdings, wenn auch frühere „Wachstumsschwächen“ beklagend, eher von einem „anderen, sozial-ökologischen Entwicklungspfad“, den man einschlagen müsse.³ Hierüber hinaus weisen die – neuerdings sich intensivierenden – seriösen Analysen und Diskussionen zu einem „Nullwachstum“, „Postwachstum“ oder „décroissance/degrowth“, soweit sie sich ausdrücklich auf das ökonomische System und auf diese oder jene Weise auch auf die ganze Lebensweise in den

¹ Meine folgenden Bemerkungen stützen sich auch auf Zwischenergebnisse zweier Arbeitsvorhaben, die ich zusammen mit Margarete Tjaden-Steinhauer („Zivilisatorische Gewaltverhältnisse“) sowie mit Rolf Czeskleba-Dupont („Ökosozialismus“) betreibe. Für kritische Anmerkungen und Hinweise zu einem Entwurf dieses Textes danke ich Karl Georg Zinn. Für Mängel und Wertungen bin ich natürlich selber verantwortlich. Vgl. auch meine beiden Aufsätze in Z 82 (Juni 2010) und Z 88 (Dezember 2011).

² K. Unger, Das Wachstumsparadigma und die ökologischen Krisen. In: Z 90 (Juni 2012), S. 141-152.

³ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2012, Kurzfassung, S. 1, 9; als gewerkschaftliche Stellungnahme zur Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestags: N. Reuter, Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete? In: DGB, Gegenblende, Ausgabe 15, Mai/Juni 2012. – Ausgesprochen erfreulich finde ich es, dass beim „Wachstum“-Thema auch zunehmend von Marxist/inn/en auf die Notwendigkeit von „Begriffsklärung[en]“ hingewiesen wird: „Was ist Wirtschaftswachstum, was sind Produktivkräfte, was ist menschliche Arbeit?“ (so ein Editorial zum Thema „Produktivkräfte, Wachstumsgrenzen“ in Heft 4/2011, S. 22, der Zeitschrift „Marxistische Blätter“).

Gesellschaften auf unserer Erdhalbkugel beziehen.⁴ Von wissenschaftlicher und politischer Bedeutung scheint mir auch zu sein, dass einige ökonomisch mehr oder minder versierte Protagonisten eines „Ökosozialismus“ (z. B. John Bellamy Foster, Saral Sarkar, Serge Latouche) ihre Abrechnungen mit kapitalistischem Wirtschaftswachstum mit einer Kritik der Akkumulation des Fixkapitals verbunden haben: „the core issue where capitalism is concerned is accumulation“.⁵

In der Tat: Einer Kritik der real existierenden bürgerlichen Gesellschaft und des Wachstums ihrer kapitalistischen Wirtschaft ist ebenso wenig mit abstrakten Zukunftsvorstellungen, denen irgendein Sozialismus-Etikett angeheftet wird, gedient wie mit einer abstrakten Kritik des Wachstums von irgend etwas, sagen wir des Konsums oder der Produktion von Waren oder des Profits, des Energieverbrauchs oder der Abfallmengen – so wichtig auch ein Zurückschrauben aller dieser Größen im Zuge einer Strategie ist, welche die bestehenden gesellschaftlichen Missverhältnisse und gewalttätigen Mensch-Umwelt-Beziehungen theoretisch und praktisch kritisiert. Diese Kritik muss sich aber, abgesehen von weiteren, hier nicht zu behandelnden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen, auf den Mechanismus kapitalistischer Produktion richten, auf die Produktionsweise, wie sie sich seit den Anfängen des Industriekapitalismus zunächst im Westen Europas entwickelt hat. Der „Wachstums“-Kritik sollte es dabei, was die Ökonomie betrifft, um eine Umstellung der herrschenden Produktionsweise gehen, im Sinne einer weniger gewalttätigen, ausbeuterischen und unterdrückerischen Beschaffung von Unterhalts- und anderen Mitteln für die Menschen aus den Dargeboten ihrer Um- und Mitlebewelt.⁶

Für diese kapitalistische Produktionsweise ist bekanntlich typisch, dass Mehrwert – im Unterschied zu Überschüssen in vorkapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen – im Wesentlichen als zusätzliches Kapital angelegt wird. Dabei zeichnet sich diese Akkumulation von Kapital in der fabrikindustriellen

⁴ Vgl. u. a.: K. G. Zinn, Wachstum um jeden Preis? Mills „Stationary State“ heute und die Angst vor der vernünftigen Stagnation. In: F. Höntzsch, Hrg., John Stuart Mill und der sozial-liberale Staatsbegriff, Stuttgart 2011, S. 193-216; ders., NULL-Wachstum, Typoskript, 2012; I. Seidl, A. Zahrnt, Hrg., Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010; J. B. Foster [et al.], The Ecological Rift, Capitalism’s War on the Earth, New York 2010; S. Sarkar, Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, Köln 2008; S. Latouche, Farewell to Growth, Cambridge 2009.

⁵ J. B. Foster [et al.], a.a.O., S. 201

⁶ Wer, im Unterschied hierzu, gleichwohl für eine „Förderung des Wachstums“ plädiert, wie das in kurzfristiger wirtschaftspolitischer Perspektive z. B. Lucas Zeise tut, wird (abgesehen vom Erfordernis einer Inhaltsangabe zum Begriff Wachstum selber) einerseits erklären müssen, auf welche Weise die durch die real existierende kapitalistische Produktionsweise regelmäßig hervorgebrachten zerstörerischen externen Effekte einer dergestalt wachsenden Wirtschaft unterbunden werden sollen und andererseits plausibel machen müssen, warum eine solche Wachstumsförderung, die entsprechend dem vorherrschenden kapitalistischen Wachstumsmuster eine Förderung der Vermehrung der Produktionsmittel im Eigentum der Unternehmen implizieren würde, nicht bedeuteten soll, „sich auf die Seite des Großkapitals“ zu schlagen. (L. Zeise, Wo die Wachstumskritiker landen, Die Natur setzt dem Kapitalismus keinen Grenzen. In: Marxistische Blätter, H. 4/2011, S. 41-46. hier S. 44)

Wirtschaftsentwicklung überwiegend durch ein Wachstum des Anteils des fixen und des zirkulierenden Sachkapitals zu Lasten des Lohn- und Gehaltsanteils aus. Das bedeutet der Sache nach überproportionales Wachstum des Einsatzes von (Arbeitskräfte sparenden) Sachanlagen (insbesondere Ausrüstungen und Bauten) und Sachmitteln (insbesondere Brennstoffe mit hoher Energiedichte, Rohstoffe und Halbfabrikate) gegenüber der Beschäftigung von Arbeitskräften in der Warenproduktion und damit eng verbundenen Wirtschaftsbereichen. Die internen und externen Folgewirkungen dieser Verschiebung der Kapitalzusammensetzung waren, im langfristigen Großen und Ganzen, die folgenden Mensch-Biosphäre-Probleme: die Störung der Strahlungsbilanz in der Atmosphäre; der Ausschluss vieler Menschen von Erwerbsmöglichkeiten oder sogar Unterhaltsmitteln; die Überlastung von Menschen und Umwelten durch Immissionen und Artefakte; die Erschöpfung stofflicher, energetischer und weiterer Umweltdarangebote – alles in allem Auswirkungen einer zügellosen Inanspruchnahme der Erde durch Menschen, mit der schon in vorkapitalistischen Gesellschaften des „Westens“ begonnen worden war.

Es ist teils direkt, teils indirekt wahrnehmbar und so begreifbar, dass diese Krisenphänomene großenteils, wenn auch keineswegs vollständig, durch das steigende Gewicht der industriellen Produktionsmittel gegenüber den genutzten Arbeitsvermögen hervorgerufen wurden und werden; anders ausgedrückt: durch die auf die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit gerichtete Kapitalakkumulation, in der, jeweils gesamtwirtschaftlich betrachtet, die technische und organische Zusammensetzung des produktiven Kapitals langfristig wächst. Oder, mit Marx gesprochen: Die gegenwärtige ökonomisch-ökologische Krise resultiert großenteils aus einem – durch den kapitalistischen Akkumulationsprozess verwirklichten, erneuerten und weiter entwickelten – herrschaftlichen „Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit“, wobei in der toten Arbeit, den artifiziellen „Produktionsmitteln“, die ganze gewalttätige arbeits-, geistes- und technikgeschichtliche Vorarbeit für das heutige zerstörerische Bemühen von Menschen um Beherrschung ihrer Umwelt gespeichert bzw. wirksam ist.⁷ Letzteres verweist darauf, dass die aktuelle globale Krise der Mensch-Biosphäre-Beziehungen zugleich die Krise unseres vieltausendjährigen Zivilisationsprozesses ist.

Will man, mit dem Blick auf eine mögliche Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, dieser Beschränkungen auferlegen, dann muss man sich wohl vor allem um die Akkumulation produktiven Kapitals in Gestalt der Erweiterung des fixen und zirkulierenden „konstanten“ Kapitals kümmern. Eine – mehr oder minder weitgehende – *Entmachtung der die Gesellschaft durchherrschenden und übermächtigenden Wirtschaftsweise* hat bei der Art und Weise der produktiven Kapitalerweiterung und bei dieser als solcher anzusetzen. Das bedeutet: Zwecks Übergangs in eine möglichst menschen- und umweltverträgliche Wirtschaftsweise muss letztlich erreicht werden, dass die Akkumulation (die erweiterte Reproduktion produktiven Kapitals) unterbun-

⁷ Das Kapital Erster Band, MEGA II/8, S. 310f; vgl. auch Grundrisse, MEGA II/1.2, S. 580ff.

den wird. Erfordernisse einer solchen Strategie des Akkumulations-Stopps in Unternehmen und anderen Einrichtungen lassen sich in Leitlinien formulieren:

- Es erfolgen keine Erweiterungsinvestitionen;
- Ersatzinvestitionen müssen menschen- und umweltgerechte Technologien realisieren und eine positive Energiebilanz aufweisen;
- Arbeitsintensive (Ersatz-)Investitionen treten an die Stelle von kapitalintensiven Investitionen;
- Investitionen mit höherem resultierenden Nutzeffekt der Erzeugnisse (im Sinne von Energie- und Güterdienstleistungen) werden bevorzugt.⁸

Die Verwirklichung dieser Investitionsstrategie bedeutete gesamtwirtschaftlich eine Vermehrung der Arbeitsplätze und (*ceteris paribus*) der Menge der lebendigen Arbeit und der Wertschöpfung, eine Senkung des Energie- und Materialeinsatzes, eine Verringerung der stofflichen Belastung von Menschen und ihrer Um- und Mitlebewelt und die Eröffnung der Möglichkeit, den aus vorhandenen Anlagen und aus Altlasten resultierenden Gefahren besser zu begegnen. Die Strategie des Akkumulations-Stopps – deren Umsetzung ja schon vielfach begonnen wurde, zum Beispiel mit einem widerständigen „Nein“ zu unnützen und schädlichen Großanlagen und mit dem Entwurf alternativer Planwerke – sollte daher mit allen geeigneten Mittel im jeweils größtmöglichen Umfang durchgesetzt werden. Ihre Realisierung implizierte den Entwurf und die Verwirklichung einer demokratischen Investitionsplanung und -steuerung im gesamtwirtschaftlichen Maßstab.

Ideen eines „ökologisch-sozial“ auszurichtenden „Wachstums“ kranken meist, sofern sie auf ein BIP-Wachstum im Rahmen unveränderter Produktionsverhältnisse zielen, an der Tolerierung einer unbeschränkten Investitionshoheit der Kapitaleigner. Der hier skizzierten Strategie zufolge ist dagegen diese Hoheit sehr stark zu beschränken, zum Beispiel mit gesetzlichen Mitteln. Wirtschaftswachstum kann es diesem Konzept gemäß jedoch durchaus geben, da eine höhere Arbeitsintensität – das heißt hier: eine Vermehrung der Arbeitsplätze – der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftstätigkeit *ceteris paribus* eine höhere Wertschöpfung erbringt, die sich als größerer Ausstoß von bereitgestellten nutzenbringenden Gütern und Leistungen darstellen soll. Dabei wird hier vorausgesetzt, dass die Vergrößerung der Gesamtarbeitsmenge nicht durch undurchdachte Arbeitszeitverkürzungen zunichte gemacht wird.

Verschiedentlich wird argumentiert, dass eine Beendigung der Akkumulation von Kapital (und die Beschränkung auf eine stationäre Wirtschaft, worauf dies letztlich hinausläuft) mit dem kapitalistischen Reproduktionsmechanismus, mit der „Logik der kapitalistischen Ökonomie“ unvereinbar sei. Deshalb sei

⁸ Da der Engelssche Ausdruck „Nutzeffekt“ (ebenso wie der äquivalente, ingenieurwissenschaftlich kreierte Begriff „Energiedienstleistung“) häufig nicht verstanden wird, weise ich auf meine Darstellung der Begriffsbedeutungen und -zusammenhänge hin: K. H. Tjaden, *Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur*, 1. Aufl., Marburg 1990, S. 186f, 2. Aufl. 1992, 214f.

letztere abzuschaffen, wenn eine ökologisch-soziale Wirtschaftsweise verwirklicht werden soll.⁹ Das ist eine Auffassung, die ein zentrales methodisches Problem der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus berührt, welches hier nur benannt werden kann. Das ist das Problem der Stimmigkeit und der Reichweite des von Marx entworfenen theoretischen Modells eben dieser kapitalistischen Ökonomie. Erstens ist zu fragen, ob die Annahme eines Zwangs zur Akkumulation von Kapital in seinem Modell der Interaktion von Lohnarbeit und Kapital schlüssig begründet ist (ich vermute: nein).¹⁰ Zweitens fragt sich, ob das Marxsche Kapitalismus-Modell die (nicht nur) kapitalistisch formierte Realität moderner Gesellschaften hinreichend abbildet (eine ja auch in dieser Zeitschrift verschiedentlich angesprochene Frage).¹¹

Festgehalten soll hier nur werden, dass eine Beschränkung der kapitalistischen Investitionstätigkeit auf einfache Reproduktion der Sachmittel bzw. des Sachvermögens der Unternehmen deren eigentumsrechtlich gestützte Verfügungsgewalt und Ausbeutungsmacht zwar begrenzt, aber nicht vernichtet, und dass deren Konkurrenz um Extraprofite weiterhin möglich ist – in einem politisch gesetzten und durchgesetzten Rahmen ökologisch-sozial orientierter realwirtschaftlicher Aktivität. Dieser würde auch profitable Anlagemöglichkeiten mit niedriger technischer und organischer Kapitalzusammensetzung für ansonsten vagabundierende Mehrwertmassen definieren, die aus Aufgaben der Altlastenbehandlung und Zukunftsgestaltung sowie aus der Notwendigkeit abzuleiten sind, dringenden Erfordernissen der Lebensgestaltung verschiedener Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. Insgesamt könnte dabei so etwas wie eine *Übergangsordnung* zwischen Kapitalismus und Sozialismus¹² herauskommen.

Die Chancen, eine solche Akkumulation verhindernde politische Ordnung durchzusetzen, sind sehr gering. (Und ob eine solche Übergangsordnung sich den Kämpfen um restliche Quellen fossiler Roh- und Energiestoffe sowie um Böden für einen Anbau von Kraftstoffpflanzen entziehen könnte bzw. in solchen Kämpfen auf der richtige Seite stehen würde, ist auch nicht klar.) Allerdings sollte hinsichtlich der Erfolgsaussichten von Kämpfen um eine Übergangsordnung nicht vergessen werden, dass „das Kapital“ in seiner vielhundertjährigen Geschichte bereits viele politische Schranken seiner Verwertung hingenommen hat. Jene Chancen werden aber noch weiter verringert, wenn Politiker/innen und Wissenschaftler/innen, die sich der Arbeiterbewegung oder ihren Überbleibseln verbunden fühlen, nicht einmal die richtigen Forderungen stellen, sondern immer noch nach „Wachstum“ (allenfalls nach ökologisch-sozial herausgeputztem oder sonst wie verschönertem Wirtschaftswachstum) als Wundermittel rufen und ein Sinken entsprechender Wachstumsraten beklagen.

⁹ Foster [et al.] a. a. O., S. 396f; vgl. auch S. Sarkar, Die Krisen des Kapitalismus, Neu-Ulm 2010, S. 338ff; Latouche a. a. O. 2009, 90f).

¹⁰ Vgl. meinen Aufsatz in Z 88, Dezember 2011, S. 70-72.

¹¹ Vgl. z. B. die Beiträge von K. H. Roth, M. Massarat und W. Neef in Z 89, März 2012.

¹² G. Fülberth, Sozialismus, Köln 2010, S. 11 (Hervorh. i. Original); vgl. auch ebd. S. 103-107.